

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M.; durch die Post bezogen monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M. — Fek- und Besammlungspreise: 10 Pf. pro Zeile 25 Wf. — Geschäftspreise werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sämtlich in Bochum, Blomhauer Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 99, Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Eine Lohneingabe für Oberschlesien.

Anfangs Juli kam es im ober-schlesischen Steinkohlenrevier zu sehr ernstlichen Differenzen, hervorgerufen durch nicht ganz zeitgemäße Löhne und Ernährungsverhältnisse, wodurch die in den Bergarbeiterkreisen schlummernde Erregung hell erleuchtet wurde. Man hatte geglaubt, gut zu fahren, wenn das Ventil gehalten wurde, so daß die Erregung keinen Abzug fand. Die Organisationen hatten sich dieser Täuschung nicht hingeegeben. Sie haben stets betont, daß sie Bewegungsfreiheit und Vertrauen benötigten, wenn sie erfolgreich wirken sollten. Die Begleitmaßnahmen der letzten Bewegung haben vollauf bestätigt, daß die Verbände mit ihrer Auffassung recht hatten. Als die lange in Pressung gehaltene Stille einmal explodiert war, hielt es keiner, die sehr hoch schlagenden Flammen zu dämpfen. In den die Bewegung abschließenden Versammlungen wurden die Organisationen beauftragt, weiterhin und sofort geeignete Maßnahmen zur Erlangung höherer Löhne und einer besseren Lebensmittelversorgung zu ergreifen. Die Lebensmittelversorgung ist eingehend schon zuvor mit den Behörden besprochen worden. In der Lohnfrage ist nachstehende Eingabe abgegangen:

Kattowitz, den 21. Juli 1918

An den ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein E. V. Kattowitz.

Die letzten im ober-schlesischen Industriegebiet stattgefundenen Bewegungen veranlassen die ergebenst unterzeichneten Vertreter der hier ansässigen Bergarbeiterverbände, die Mitglieder des Berg- und Hüttenmännischen Vereins auf die dringende Notwendigkeit einer ausreichenden Lohnerhöhung für Bergarbeiter hinzuweisen. Da wir mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnissen der auf den Gruben beschäftigten Leute durchaus vertraut sind und ihre Wünsche kennen, erlauben wir uns, folgende Vorschläge zur Verbesserung der Löhne zur geneigtesten Berücksichtigung zu unterbreiten:

- Das Gehälte der Hauer ist darauf zu erhöhen, daß bei normaler Arbeitsleistung ein Lohn nicht unter 12,50 Mark verbleiben kann.
- Der ersten Förderer entsprechend Erhöhung des Gehältes für Hüller und Schlepper, so daß ihr Lohn im bisherigen Verhältnis zu dem Hauer verdient bleibt.
- Werden Hauer im Schichtlohn beschäftigt, so ist ein Lohn von 10 Mark zu zahlen.
- Allen unter und über Tage beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, einschließlich der Jugendlichen, ist eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zu gewähren. Soweit für diese Arbeiter im Juli bereits Lohnzulagen bewilligt wurden, können sie in Anrechnung gebracht werden.
- Für jedes Kind unter 14 Jahren ist eine monatliche Zulage von 6 Mark zu zahlen.

Zur Begründung erlauben wir uns folgendes anzuführen: Die außerordentliche Belastung der Arbeiterhaushaltungen infolge enormer Preissteigerung der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel, wie Kleidung, Schuhe, Wäsche und dergleichen, erfordert dringend eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne. Die Erregung der Bergarbeiter ist leicht erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß ihre Löhne nicht halbwegs Schritt gehalten haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung. Infolge der verkürzten Brotration und der gänzlichen Störung der Kartoffelzufuhr waren die Bergarbeiter besonders gezwungen — sie sind es aber

auch bei vollen Lebensmittelrationen, wenn sie arbeitsfähig bleiben wollen —, nichtrationierte Lebensmittel zu den bekannten Macherpreisen kaufen zu müssen. Hierzu reichen aber die Löhne, welche hinter denen anderer Bergbauarbeiter bedeutend zurückstehen, nicht aus. Die Folge ist Unterernährung, Zusammenbruch und Erschöpfung der Arbeitskraft, wodurch sich die Erregung bis zum äußersten steigerte.

Weitere Preissteigerungen stehen bevor. Durch die Bundesratsverordnung vom 15. Juli d. J. wird das wichtigste Lebensmittel, das Brot, verteuert. Grenzenlos ist die Preissteigerung für Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände, weshalb Anschaffungen bisher zurückgestellt wurden. Die Arbeiter und ihre Familien tragen ihr Bedes. Mit der fortschreitenden Jahreszeit sind deshalb Neuananschaffungen unumgänglich. Zur Vorsehung dieser dringenden Bedürfnisse sind Einkommensteigerungen erforderlich. Nach der amtlichen Statistik betragen die Durchschnittslöhne im ersten Vierteljahr 1918 für:

	eigentliche Bergarbeiter	sonstige Bergarbeiter	ermahrene Lagerarbeiter	Jugendliche Arbeiter
Niedersch. Steinkohlenbergbau	12,34 Mark	8,34 Mark	7,76 Mark	3,42 Mark
Hülfenrevier	12,16 "	8,10 "	7,68 "	3,39 "
Naheener Revier	11,18 "	7,60 "	6,66 "	3,09 "
Saargebiet	10,84 "	8,17 "	7,93 "	3,41 "
Oberschlesien	9,64 "	6,86 "	6,23 "	2,80 "

Dieses Mindereinkommen der ober-schlesischen Bergarbeiter gegenüber ihren Kameraden in den anderen Hauptbergbaubezirken Preußens, wie es durch die Statistik offenbart wird, ist gemessen an der Arbeiterleistung, den Gewinnergebnissen der Werke und der gleichen Lennerung, nicht gerechtfertigt.

Wir erlauben uns noch auf die kürzlich veröffentlichte Berechnung des statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. hinzuweisen, worin festgestellt wird, daß eine sechsköpfige Familie zur Beschaffung der täglichen Lebensmittel 11,24 Mark benötigt. Damit sind auch die vorstehend aufgestellten, bescheidenen Forderungen vollauf gerechtfertigt.

Indem wir den Vorstand des Berg- und Hüttenmännischen Vereins bitten, seinen Mitgliedern die Erfüllung der Forderungen warmstens empfehlen zu wollen, zeichnen

mit hochachtungsvollem Glückwunsch!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A. Seiner, V. S. F. F.

Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.

J. A. A. Katt.

Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A. S. Eulensch.

Gewerksverein der Bergarbeiter Hirsch-Dunder.

J. A. S. Gries.

Diese Eingabe ist, mit besonderem Begleitschreiben versehen, dem stellvertretenden Generalkommando und dem Oberbergamt in Breslau, dem Handelsministerium und dem Kriegsamt in Berlin übermittleit worden. Diese Behörden werden gebeten, ihren Einfluß aufzubieten, daß die Berg- und Hüttenmännischen Verein angeführten Werte den in der Eingabe aufgestellten Vorschlägen entgegenkommen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß das gemeinschaftliche Vorgehen der Bergarbeiterorganisationen nicht ohne Erfolg sein und in der so brennenden Lohnfrage ein Schritt nach vorwärts getan wird.

Ansichten des Siegen-nassauischen Erzbergbaues.

Im Siegerlande, dem südlichsten Teile des Regierungsbezirks Arnberg und in den benachbarten Bezirken Wehrhau und Wehrhau, geht eine industrielle Entwicklung vor sich, die von der Arbeiterschaft aufmerksam verfolgt zu werden verdient. Nieder-rheinisch-westfälische Großbetriebe haben sich in solcher Folge eine Reihe von Siegerländer, auch Nassauischer Eisenerzwerken angegliedert, verarbeitet die Förderung in dem im Ruhrkohlengebiet liegenden Südtal. Während der Kriegszeit hat sich dieser Aufwärtstrend so beschleunigt vollzogen, daß heute nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil der Eisenerze im engeren Gewinnungsgebiet verhüttet wird. Je weiter dies geht, um so mehr wird der einheimischen Eisen- und Stahlindustrie ihr wichtigster Rohstoff fortgeführt, ihr der Naturboden entzogen.

Wirtschaftlich vollzieht sich eine umfangreiche Verwerkselung im engeren Siegerland und seiner rheinisch-nassauischen Umgebung. Im Mittelpunkt dieser Erwerbstätigkeit steht die Nieder-schlesische Charliottenhütte. Sie hat sich bereits angegliedert: die Köhl-Mühlener Gesellschaft mit der Grube Stollberg, ferner die beiden Louise-Anschaffungsgruben, die Eisen- und Stahlwerke u. s. w. Vermutlich ist auch der Aufbruch der Siegerer Eisenbahngesellschaft schon perfekt. Auch die Geisweider Grube, die Bremschütte und die Friedriehshütte vergrößern sich stark während des Krieges. An Kaufgeldern fehlt es nicht, die Betriebsmittel sind reichlich gestiegen. 14 der bekanntesten Eisen- und Stahlindustriebetriebe, mit einem Gesamtkapital von 4270 Millionen Mark, erzielten letztjährig fast 30 Millionen Mark Bruttogewinn, fast 70 Prozent des Aktienkapitals. Und die Gewinne steigen dann noch. Es wird ja, das drei- bis vierfache der Friedensgewinne verdient, schreibt die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die bekanntlich gute Beziehungen zu den Industrieellen hat. Die einzelnen Werke machen auch große Gewinne, erwerben zahlreiche Wohnhäuser, sozusagen ganze Straßenzüge. Die für das in Rede stehende Gebiet charakteristischen kleinen und mittleren Werke wurden in wenig Jahren bis auf einen geringen Rest durch höhere und große Unternehmen aufgelöst. Zwischen den verbleibenden wenigen größten Unternehmungen wird sich eine Interessengemeinschaft anbahnen, und dann wird die Arbeiterschaft einem großindustriellen Betriebskonzern gegenüber. Das hat natürlich bedeutende, namentlich

großen westfälischen Grubenbesitzer werden es sich dann aber wohl überlegen, ob sie die jetzt im Betrieb befindlichen Gruben, wenn sie unfruchtbar werden, dann noch weiter betreiben. Andere Gesichtspunkte als die Gewinnfrage (!) scheiden dann aus. Für die Gemeinden und Städte des Siegerlandes eröffnen sich damit aber keine erfreulichen Aussichten."

Mit dürren Worten erklärt das großindustrielle Organ: Sobald die jetzigen (anzuwärtigen) Besitzer des größten Teiles der Siegerländer Beiden noch Friedensschlich so billige Erze vom Auslande erhalten, daß sich der Vertrieb der Siegerländer Beiden nicht mehr rentiert, dann werden diese zum Stillstand kommen! In ihrer Nr. 209 erklärt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ unglücklicherweise:

„Die großen rheinisch-westfälischen Besitzer der Sieger Gruben halten berartige Betriebe wohl im Auge. Im Frieden, wenn die Bedarfsdeckung andere Bahnen einschlägt, läßt sie nicht!"

Das Blatt kennt die Werksbesitzer ganz genau, es weiß, daß sie durchaus kühlschneidende Geschäftsleute sind, denen unrentable Sentimentalität fernliegt. Können sie ihren Erzbedarf anderswo billiger einkaufen, dann stellen sie, nach amerikanischem Muster, die anderen Betriebe ein. (Die Stilllegung der Kohlenzwecken im Ruhrthal ist dafür ein lehrreiches Beispiel.) Wenn andere Gesichtspunkte als die Gewinnfrage ausschlaggebend sein wird, dann sind die Aussichten unserer siegen-nassauischen Erzbergwerkeindustrie sehr traurige.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die siegen-nassauischen Eisenerze im Wettbewerb mit den billigeren Auslandsbezügen nicht bestehen konnten. Außerdem genießen die rheinisch-westfälischen Sütten durch günstige Wasserfrachten (vornehmlich für skandinavische Erze) einen besonderen Vorteil. Auch die lothringisch-luxemburgischen und die ostfranzösischen Erze standen und stehen so viel niedriger im Preise, daß hierdurch ihr geringerer Eisengehalt reichlich wettgemacht wird. In den letzten Jahren vor dem Kriege kosteten die durchschnittlich 33 bis 42 Prozentigen siegen-nassauischen Erze pro Tonne etwa 15-20 Mark, die durchschnittlich 30 bis 32 Prozentige lothringisch-luxemburgische Minette nur 3-3,50 Mark, soweit ein Marktpreis überhaupt in Frage kam. Heute wird siegener Rohspat auf etwa 41,30 Mark verkauft (1913: 19 Mark), während schon Minette 1917, nach dem luxemburgischen Handelskammerbericht, für durchschnittlich 4,17 Frank, höchstens für 6,50 Frank (kieselige Minette), gehandelt wurde. Gegenwärtig dürfte sie kaum teurer sein, weil bereits 1917 infolge des starken Angebots von Erzen aus dem von uns besetzten ostfranzösischen Revier Briey-Longwy die luxemburgische Erzförderung auf 4,50 Millionen Tonnen (gegen 6,75 Millionen Tonnen in 1916) zurückging! Die Lagerbestände erhöhten sich trotzdem von 51.550 auf 456.647 Tonnen, woraus man schließen darf, daß inzwischen keine Preis-erhöhungen durchgeführt werden konnten. Die Herstellungskosten der deutsch-lothringischen Minette sind regelmäßig nicht höher, eher geringere als die der luxemburgischen; und in Ostfrankreich (Briey-Longwy) dürften ungefähr die gleichen Selbstkosten wie in Deutsch-Lothringen anzulegen sein. Mit diesen so billig produzierenden Bezirken kann Siegen-Nassau nicht konkurrieren, obgleich die lothringischen Erzbergarbeiter viel höhere Löhne erzielen, als die siegen-nassauischen. Die siegen-nassauischen Erze sind zwar wegen ihrer vorzüglichen Qualität, und vornehmlich wegen ihres Mangangehalts, heute für unsere Waffen- und Munitionindustrie mangellos ausreichender Zufuhr aus dem Auslande unentbehrlich; kann aber die Deckung des Erzbedarfes wieder „andere Wege“ gehen, dann treten die außerordentlichen Ersparungen seiner Existenz für Siegen-Nassau wieder ein.

Unter diesen Umständen muß man sich wirklich wundern, daß unsere eroberungsfähigen Interessentengruppen es wagen, ausgerechnet auch im siegen-nassauischen Industriegebiet ihre Agitation für die Annexion des Erzbezirks Briey-Longwy zu betreiben. Das durch und durch unwahrscheinliche, sogar verkehrswirtschaftliche Flugblatt: „Gue auf dem Holzwege“, ist auch im Siegerlande verbreitet worden, dessen spezielle wirtschaftliche Interessen durch diese Eroberungspropaganda schwer geschädigt sind. Die kolossale Erhöhung der Minetteförderung brachte vor dem Kriege die siegen-nassauische Erzbergwerks- und Hüttenindustrie in schwere Bedrängnis. In den Berichten der Siegerer Handelskammer für die Jahre 1903, 1906, 1909 und 1910 kann man nachlesen, wie schwer das Siegerland unter der gewaltigen Konkurrenz der mit billigeren lothringisch-luxemburgisch-französischen Erzen reichlich versorgten Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrkohlengebiet zu leiden hatte, deshalb Notstandsmaßnahmen von Staat und Reich forderte. Von der nieder-rheinisch-westfälischen und jaarbrüden-lothringischen Großindustrie geht die Propaganda für die Annexion des großen ostfranzösischen Eisenerzbezirks aus, was man von deren privatkapitalistischem Standpunkt aus verstehen kann. Aber dem siegen-nassauischen Gebiet würde die wirtschaftliche Existenz nur noch sehr erschwert, wenn seine stärkste Konkurrenz noch verstärkt wäre. Das ist der nackte wirtschaftspolitische Tatbestand.

Nun sind wir genötigt die Lesenden, die verlangen, daß eine im Interesse der Gemeinwirtschaft begründete Maßregel (worunter wir die Annexion fremdländischer Industriegebiete durchaus nicht verstehen) nur deshalb unterbleibt, weil andererseits ein Teil des Ganges davon Schaden hätte, Deutschlands Eisen- und Stahlindustrie kann nicht ohne Zufuhr ausländischer Erze existieren. Unsere Volkswirtschaft hat sich aber unter den harten Kriegswirungen darauf eingestellt, daß man zukünftig die Zufuhr und Ausfuhr von Waaren nicht mehr so sehr in das Ermessen privatkapitalistischer Interessenten stellen darf. Der höhere Gesichtspunkt der Wahrung der Gemeinwirtschaftsinteressen muß überall richtunggebend sein.

Und darum darf es nicht zugelassen werden, daß irgendeine Besitzer siegen-nassauischer Erzgruben diese einfach stilllegen und dadurch eine zahlreiche Bevölkerung zum Elend oder zur Auswanderung verurteilen, wenn sich dem Erbezug billigerer Waarenwellen eröffnen. Die Siegerer müssen die höhere Gewalt Staat und Reich rechtzeitig einschreiten. Das zu fordern, ist die bedrückte Bevölkerung berechtigt und verpflichtet. Der Staat hat seine Verpflichtung, dem siegen-nassauischen Industriegebiet die Existenz zu ermöglichen, schon anerkannt, als er die Eisenbahntarife für den Erztransport, besonders nach Oberschlesien, herabsetzte. Die durch und durch ungesundete Preisentwicklung während des Krieges hat die Lage der unter speziell ungünstigen natürlichen Bedingungen arbeitenden, siegen-nassauischen

wenn es den Arbeitern an einer starken gewerkschaftlichen Organisation fehlt, darüber mögen unsere Kameraden einmal gründlich nachdenken.

Das siegen-nassauische Eisenerzgebiet, das zweitwichtigste deutsche Gewinnungsgebiet für Eisenerze (Lothringen steht an erster Stelle) hat aus natürlichen Gründen verhältnismäßig hohe Selbstkosten, litt daher vor dem Kriege schon sehr stark unter der Konkurrenz der bedeutend billigeren lothringisch-luxemburgischen, auch der französischen Minette und anderer Auslands-erze. In einer vor dem Kriege von Siegerländer Erzbergleuten im Eisenunternehmen mit der Reichsregierung gerichteten Bittschrift um Hilfe für das Siegerland, heißt es:

„Als Hauptursache der letzten hoffnungslosen Lage unseres Eisenerzbergbaues muß die Konkurrenz her aus dem Auslande in riesigen Mengen eingeführten Eisenerze bezeichnet werden.“

Unser siegen-nassauisches Erzgebiet wurde also durch den massenhaften, steigenden Erzimport auf das schwerste bedroht. Jetzt, während des Krieges, ist unser Erzimport stark zurückgegangen, und so kommen die vortrefflichen, manganhaltigen siegen-nassauischen Eisenerze in unserer Eisen- und Stahlindustrie zur gebührenden Geltung. Wie aber wird es nach dem Kriege sein?

Auf diese Lebensfrage für den siegen-nassauischen Erzbergbau gibt die Rheinisch-Westfälische Zeitung (Nr. 508) folgende beherzigenswerte Antwort: Das Blatt konstatiert, daß infolge der Kriegskonjunktur auch im Siegerlande starke industrielle Bewegung und hoher Unternehmensgewinn („drei- bis vierfach höher“) eingetreten sei. Der Gedanke an den Konjunkturumschlag nach dem Kriege sei die innere Veranlassung zu dem besprochenen Verschmelzungsprozess.

Für den Siegerländer Industriebezirk schließt dieser engere Zusammenhang der aufeinander angelegenen Werke zweifellos manche Vorteile in sich. Es bleiben aber doch nur kleine Gesellschaften, die in der Produktion auf Spezialitäten führen und mit ihrem Kapitalbesitz auf das Siegerland beschränkt bleiben. Der eigentliche wertvolle Besitz des Siegerlandes, die Eisenbetriebe, sind zum größten Teil in auswärtigen Besitz übergegangen, in den der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Dieser Umstand hat aber neben seinen nicht zu verkennenden Vorteilen auch Nachteile. Das Siegerländer Gewerbeleben wird eingeschränkt. Der Krieg hat noch einmal recht gute Zeiten und heissen Leben in der Siegerländer Industrie gebracht. Ob nach Kriegsende, wenn die Erzeugnisse wieder von der Einfuhr (Nahrung) nicht mehr kassierende Verdrängungen erleiden, die Zeiten schlechter werden, darüber wird man sich keine Gedanken machen wollen. Die

duftre aber derart gestaltet, daß ihr nach Friedensschluß die schwersten Schläge drohen, wenn ihr Schicksal einfach vom privatkapitalistischen Profitinteresse abhängig gemacht wird!

Wir erwarten, daß unsere Kameraden im siegen-nassauischen Industriegebiet an Hand unserer Darlegungen den vollen Ernst der Situation erkennen. Wer von ihnen nicht will, daß fallbällige Geschäftsleute selbstherrlich über das Schicksal vieler taufender Arbeiter und ihrer Familien entscheiden, der werfe die verderbliche Gleichgültigkeit von sich, der schließe sich dem Bergarbeiterverband an, damit dieser mit größtem Nachdruck die Interessen der siegen-nassauischen Grubenarbeiter wahrnehmen kann.

Bergarbeiterfragen im Reichstag.

Bei der dritten Lesung über das Reichswirtschaftsamt, am 4. Juli 1918, hat unser Verbandsvorsitzender, Abgeordneter Sachs, soweit es die vordringliche Zeit zuließ, im Reichstag auch zu schwebenden Bergarbeiterfragen gesprochen. Nach dem amtlichen stenogrammierten Sachse u. a. dazu aus:

Der Kollege Sosnitski hat verschiedene Ausführungen gemacht, die ich kurz ergänzen muß. Zunächst hat er sich über die Aufgaben der sozialen Kommission ausgelassen, der wir unsere Zustimmung geben werden.

Was die Zustände im Knappschaffswesen anbelangt, so bin ich auch der Überzeugung, daß die Reichsregierung hier eingreifen muß. Die vier Bergarbeiterverbände haben eine Petition eingereicht, die in diesen Tagen verteilt werden wird. In dieser Petition verlangen sie von der Reichsregierung, daß den Knappschaffsklassen unter die Arme gegriffen wird, weil diese

Knappschaffsklassen unmöglich die Kosten des Krieges allein tragen können. Es muß hier etwas geschehen, wenn die Stimmung in den Bergarbeiterkreisen nicht noch mehr verschlechtert werden soll. Die Knappschaffsklassen haben ungeheure Leiden zu tragen. Ich will Sie in Hinblick auf die vorerwähnte Stunde nicht mit Zahlen belästigen.

Nun hat der Herr Kollege Sosnitski eine Erklärung getan, die ich nicht unvorgesprochen lassen kann. Ich nehme an, daß es nur ein falscher Jungenschatz gewesen ist. Der Herr Kollege Sosnitski hat von einem Streik auf der Myslowitz-Grube gesprochen und hat dabei die Worte gebraucht, die Bergarbeiter wären von der Organisation verlassen worden. Der Herr Kollege Sosnitski wird wissen, daß seine Kollegen von der polnischen Berufsvereinigung und die anderen Verbände immer für die Bergarbeiter auch bei Streiks getan haben, was zu tun möglich war. Er hat aber später selbst den Grund angeführt, warum die Bergarbeiter nicht mit Streiks operieren können. Sie werden eben durch beherrschende Maßnahmen direkt daran gehindert. Man kann also den Verbänden keinen Vorwurf machen.

Ich stimme aber dem Herrn Kollegen Sosnitski darin zu, was er in bezug auf die Schichtzeit gesagt hat. Er hat erklärt, daß fast überall in den Bergbetrieben, namentlich in den Kohlenbetrieben, die achtstündige Schichtzeit herrscht. Das ist mit Ausnahme von Sachsen zureichend. In Oberschlesien haben wir

nach zehn- und zwölfstündige Schichten, abgesehen von den Ueberflüssen. Es hat jetzt in Oberschlesien eine Bewegung eingesetzt, die — wie Herr Sosnitski sagte — auch zu Streiks geführt hat, bei der gerade die Schichtverlängerung eine Rolle spielt.

Es ist Tatsache — was der Herr Kollege Sosnitski angeführt hat — daß Oberschlesien und Niederschlesien eines der mit Nahrungsmitteln am schlechtesten versorgten Gebiete Deutschlands sind. Hier haben die vier Bergarbeiterverbände wiederholt eingegriffen müssen. Wir haben die Regierung gewarnt, diese schlechte Versorgung mit Nahrungsmitteln weiter bestehen zu lassen. Es war nämlich dort schon seit Monaten die Kartoffelration auf 5 Pfund pro Woche gesenkt, ebenso die Fett- und Getreideration. Das ist glücklicherweise wieder anders geworden.

Mit Ausnahme der Stadt Deutchen ist überall die Kartoffelration wieder auf 7 Pfund erhöht worden. Die Versorgung ist aber — um es offen auszusprechen — immer noch unbeschwerlich. Manche Städte haben keine Kartoffeln mehr besorgen können, und es ist auch aus diesem Grunde wieder zu einer gewissen Beunruhigung gekommen. Ich will aber hierauf nicht näher eingehen. Die Schichtverlängerung muß in Schlesien behördlich verfügt werden. Und das tunlichst bald.

Unterbrechen muß ich auch, was der Herr Kollege Sosnitski in bezug auf die Lohnfrage gesagt hat. Ich will Sie nicht mit der Lohnstatistik belästigen, aber es ist Tatsache, daß im Ruhrgebiet früher schon höhere Löhne verdient worden sind. Der Unterschied im Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter war vor dem Kriege 1 Mark bis 1,50 Mark. Neuerdings ist der

Lohnunterschied auf ziemlich 3 Mark angewachsen; obwohl auch im westfälischen Gebiet die Löhne durchaus noch nicht ausreißend sind, bleibt Schlesien jetzt 3 bis 4 Mark pro Schicht hinter diesen zurück. Die vier Bergarbeiterverbände haben eine neue Lohnvereinbarung an den Gewerkschaftsverband für Westfalen gemacht; sie haben auch dem Handelsministerium und dem Herrn Reichsminister eine Eingabe überreicht und um Hilfe gebeten. Sie fordern in ihrer neuen Eingabe 15

Mark Ohrschnittslohn für Sauer, 2 Mark Aufbesserung für die Schichtführer pro Schicht und für weibliche und jugendliche Arbeiter 1 Mark pro Schicht und Verdoppelung des sogenannten Kindergebeldes von 3 auf 6 Mark pro Monat. Es geht also auch in Westfalen bei den jetzigen Löhnen nicht mehr. Abgesehen von der Lebensmittelsteuerung sind die Preise auch für die übrigen Ausgaben unerschwinglich, für Schuhe, für Arbeitszeug, für Wäsche usw. Die Löhne reichen hinten und vorne nicht mehr aus. Da kann ich auch dem Kriegsernährungsamt einen Vorwurf nicht ersparen. Daß die Bergarbeiter mit den Löhnen nicht auskommen, liegt zum großen Teile auch daran, daß diese sieben Pfund Kartoffeln nicht genügen. Karawanenweise sind die Bergarbeiter des Sommers weit hinaus in die Sandgebiete gefahren und haben dabei für Fahrt und Uebernachten hohe Ausgaben gehabt, um Kartoffeln zu hohen Preisen, den Zentner bis zu 25 Mark, zu kaufen. Gätten sie das nicht getan, dann wären sie längst zusammengebrochen; denn es ist unmöglich, mit diesen Kartoffeln- und Brotportionen auszukommen. Wäre hier eher eingegriffen worden, wären die Kartoffeln bei der Landwirtschaft zu niedrigeren Preisen besser erbracht worden, dann hätten wir heute nicht vor diesem Dilemma, dann reichte auch der Lohn besser.

Nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Niederschlesien reichen die Bergarbeiterlöhne bei weitem nicht aus. In Niederschlesien hat der Herr Minister am 1. April eine Kohlenpreiserhöhung genehmigt. Die Bergarbeiter sind aber mit der geringen Lohnhöhung nicht zufrieden und haben die Schlichtungsausschüsse angerufen, die noch im Unterhandeln sind. Ich möchte die Regierung dringlich bitten, dahin zu wirken, daß die Kohlenpreiserhöhung in Niederschlesien den Arbeitern voll zugute kommt, und daß weiteres Entgegenkommen bezüglich der Lohnfrage in allen Steinlohlengebieten und auch in den Braunkohlen- und Erzegebieten gelöst wird. Für den Kaliabergbau kommt ja heute eine neue Gesetzesvorlage zwecks Preis- und Lohnserhöhung.

Im rheinischen Braunkohlengeld ist die Löhne pro Schicht um zwei bis drei Mark höher als im mitteldeutschen Braunkohlengeld, während früher der Unterschied höchstens 50 bis 75 Pf. betrug. Die Eingabe haben nicht genügt. Schließlich haben die Arbeiterausschüsse den Schlichtungsausschuss angerufen. Da ist dann der

Arbeiterausschuss als Helfer hingestellt

worden, und es ist ihm mit der Einziehung zum Militärdienst gedroht worden. Nun haben sich die Arbeiterausschussmitglieder gesichert und haben zu den Arbeitern gesagt: sorgt dafür, daß wir Unterschriften in der Hand haben, worin ihr uns erucht, auf Lohnserhöhung zu drängen. Die Unterschriften sind dann auch gesammelt worden. Und was war die Folge? Die Leute, die die Unterschriften gesammelt haben, und die Leute, die an deshalb notwendigen Konferenzen teilgenommen haben, sind eingezogen worden und sind von Soldaten mit scharfen Patronen und aufgepflanzten Bajonetten wie Verbrecher abtransportiert worden. (Gut! hört! bei den Sozialdemokraten.) So behandelt man Arbeitervertreter, die sich bemühen, die Not zu lindern und die Verhältnisse der Arbeiter einer Besserung entgegenzuführen!

Am schmerzhaftesten sind dabei gerade die Werte mit den größten Ueberflüssen vorgegangen. Ich will auf die großen Werksüberschüsse angesichts der vorerwähnten Stunde nicht im einzelnen eingehen. Es gibt aber eine ganze Anzahl von Bergbetrieben, die noch nie so glänzende Ueberflüsse gemacht haben, wie in den letzten beiden Kriegsjahren. Ich will nur ein einziges Braunkohlengeld herausgreifen, das im Jahre 1916 580 000 Mark Ueberflüsse hatte, im vergangenen Jahre aber 1 520 000 Mark, also eine Million Mark mehr. Trotzdem sagen die Werte: wir können eine Lohnserhöhung nicht genehmigen, erst müssen die Kohlenpreise weiter steigen. Diese Antwort haben die Kohlenversteigerer dem Herrn Minister gegeben. Der Minister hat leider noch keine Stellung genommen, aber die Vertreter des Ministers haben uns keine gute Aussicht gemacht, sondern haben uns sozusagen im Stich gelassen.

Meine Herren, was sonst der Herr Abgeordnete Sosnitski noch angeführt hat in bezug auf das

Vorgehen der Behörden in Schlesien

das Spott jeder Besprechung. Mein Freund Bauer hat bei der zweiten Lesung ihrer schon Tatsachen angeführt. Mir selbst ist es dort schon so gegangen. Lohnvergleiche zu machen, daß in Oberschlesien früher der Lohnunterchied gegenüber Westfalen so gewesen ist, daß er jetzt so ist, das ist in Oberschlesien ein Verbrechen. Wer das in Versammlungen anführt, dem wird das Wort entzogen, und wer es wiederholt anzuführen versucht, über den wird das Redeverbot verhängt, das der Herr Kollege Sosnitski schon erwähnt hat. Ueber Kollegen von uns, Danisch, Kaspary, ist das Redeverbot verhängt worden, lediglich aus dem Grunde, weil sie gesagt haben: in Westfalen sind die Löhne höher, dort sind die Arbeiter besser organisiert, organisiert auch in Oberschlesien auch besser, dann wird auch die Lohnserhöhung besser gelingen. Das ist der Grund, weshalb vom Generalkommando Breslau das Redeverbot auferlegt worden ist. Alle unsere Einsprüche, Ermahnungen, Verhandlungen mit dem Generalkommando haben bis heute noch zu keinem günstigen Resultat geführt. Wunders Sie sich deshalb nicht, daß man in Oberschlesien zum Streik greift, wie es auch in dem Effener Bezirk jetzt wieder zum Streik gekommen ist. Die Stimmung in den Bergarbeiterbezirken wird immer schlechter, und die Arbeiter glauben uns nicht, wenn wir sagen: haltet nur Ruhe, wir werden mit den Behörden weiter verhandeln! Wenn die Reichsregierung uns immer wieder im Stich läßt und nicht eingreift, dann wird die Stimmung sicher so werden, wie wir es alle nicht wünschen, aber wir sind nicht daran

schuld. Die Regierung mag dafür sorgen, daß die Arbeitgeber entgegenkommen, damit hier Wandel geschaffen werden kann.

Noch ein Beispiel, wie auch die Schlichtungsausschüsse in Bergbetrieben versagen, in Braunkohlenbetrieben der Rauh, von Bitterfeld usw. Da ist in Torgau der Schlichtungsausschuss angerufen worden von einer Belegschaft. Das geschah im Monat Januar, und heute schreiben wir Juli und die Schlichtungsausschussung hat noch nicht stattgefunden; in Niederschlesien hat es auch drei Monate gedauert. Die Arbeiter müssen ja gerade verzweifeln, sie werden vom Narren gehalten, die Arbeiterorganisationsvertreter werden in diesen Schlichtungsausschüssen beiseite gelassen, wenn sie als Mundstumm nicht behagen, die Arbeitgeber erheben Einspruch und verlassen die Sitzung, wenn ein Mundstumm da ist, die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse werden beauftragt von den Arbeitgeberverbänden. Ich könnte stundenlang darüber reden; ich will mich mit diesen wenigen warnenden Worten begnügen. Ich möchte die Regierung bitten, die Warnrufe zu hören, sich danach zu richten und einzugreifen zugunsten der Arbeiter, ehe es zu spät ist.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Metallindustrie in der Kriegszeit.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse haben durch die Kriegswirkungen eine einschneidende Umwälzung erfahren. Unter den einzelnen Erwerbszweigen ragt hier besonders die Metallindustrie hervor. Inverfassendes statistisches Material über die Veränderungen liefern die Berichte der Berufsvereinigungen, die bekanntlich die staatlich organisierte Unfallversicherung durchzuführen.

Nehmen wir die Berichte der acht großen Eisen- und Stahl-Berufsvereinigungen zur Hand, die namentlich die gesamte deutsche Schwermetallindustrie umfassen, so ergibt sich folgendes Bild der Entwicklung

Jahr	Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter	Gesamtsumme der gezahlten Löhne	Auf einen Arbeiter entfallend ein Durchschnittslohn
1906	1 190 489	1 357 Mill. Mark	1 201 Mark
1910	1 229 871	1 555 " "	1 265 " "
1913	1 459 091	2 062 " "	1 413 " "
1914	1 257 876	1 765 " "	1 404 " "
1915	1 179 862	1 840 " "	1 560 " "
1916	1 364 024	2 332 " "	1 717 " "
1917	1 701 605	3 724 " "	2 088 " "

Zunächst ist hier zu bemerken, daß unter einem „Vollarbeiter“ 800 Arbeitstage zu verstehen sind. Da nicht alle Arbeiter im Jahre wirklich forciert Tage beschäftigt sind, so ergibt sich daraus, daß die durchschnittliche tägliche Zahl der Arbeiter etwas größer ist. Andererseits führt diese Berechnungsmethode aber auch zu der Feststellung, daß der wirkliche durchschnittliche Lohn etwas geringer ist, als angegeben, weil eben durch Krankheitstage und ähnliche Umstände Ausfälle entstehen.

Im übrigen zeigen die Ziffern, daß die Steigerung der Löhne nicht so groß ist, wie vielfach angenommen wird. Die Erhöhung von 1913 bis 1917 beträgt nur etwa 55 v. H. Nun vergleiche man damit die gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung, die mit mindestens 100 bis 200 v. H. zu veranschlagen ist. Hieraus geht hervor, daß die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter sich gegenüber der Friedenszeit erheblich verschlechtert hat. Dabei bleibt nicht unerwähnt, daß die Lohnsteigerung in der Metallindustrie noch die anfänglichste ist, der gegenüber die Lohnverhältnisse in anderen Berufszweigen sehr zurückstehen. Freilich beweist die Statistik überhaupt nicht allzubiel, weil die Arbeiter ja vielfach nicht die besten sind, wie vor dem Kriege.

Eine Betrachtung der Löhne in den einzelnen Berufsvereinigungen zeigt erhebliche Abweichungen. Die Durchschnittsziffern betragen z. B. bei der Glätten- und Walzwerks-Berufsvereinschaft 2 757 Mark, Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsvereinschaft 2 553 Mark, Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsvereinschaft 2 258 Mark, Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie-Berufsvereinschaft 2 157 Mark, Südwestliche Eisen- und Stahl-Berufsvereinschaft 2 018 Mark, Südöstliche Eisen- und Stahl-Berufsvereinschaft 1 825 Mark, Sächsisch-Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsvereinschaft 1 594 Mark. Für diese großen Berufsvereinigungen in den einzelnen Teilen des Reiches fehlt es noch an einer genügenden Erklärung.

Gebiet der Kanalarbeiten

Wie die Sunterpolitik das Reich schädigt, dafür bringt die „Schiffahrts-Zeitung“ einen bemerkenswerten Beitrag. Sie erinnert daran, daß der große Generalkanal seinerzeit in einem Entschluß über den Bau des Mittelkanals die Tatsache festgestellt habe, daß Deutschland eines Wasserstraßennetzes ermangele, das nach strategischen Gesichtspunkten genügt sei, vor allen Dingen fehle die Verbindung zwischen dem Westen und Osten des Reiches, des Rheins mit der Donau, des Rheins mit der Elbe. Ein Vertreter des Generalkanal habe bei der Verhandlung der Sache ausgeführt, daß die Mittelverwaltung in der Annahme des Mittelkanals eine Stärkung der Wehrkraft des deutschen Vaterlandes sehe.

Seute, wo sich das Festen dieser Wasserverbindungen besonders schmerzhaft fühlbar macht, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen

Mein Ideal.

Ein schöneres Ideal hat noch niemand geträumt Als meine lebende Seele es hegt, Ich seh' ein Paradies auf Erden erstehn, Das wieder die Freude, die Liebe trägt. Ich sehe die Wälder des Erdenbaues, Im Glanze der glorreichen Einheit stehen, Ich seh' auf den Zinnen der Treue, des Rechts, Der Bildung die Fahne des Friedens wehn. Ich seh' nur die Wälder des Meeres gesüßt Zum Troste dem Nordsee, zum Troste dem Schwert. Ich sehe das Eisen dem Bause des Feltes, Der tausenden Werkstätten angelehrt. Ich sehe die Frau am häuslichen Herd, Keine Sklavin der Willkür, der Mode mehr. Eine Priesterin, träum, der wärmenden Blut, An der Liebe Altar, des Hauses Ehr. Ich sehe den Mann, besessenen das Tier, Das lauernd in seinem Busen steht, Ich seh' ihn anrecht, göttlich und stolz, Bewußt sich der göttlichen Majestät. Ich ahne — ich sehe die herrliche Zeit, Ich sehe zur Wahrheit die Schönheit sich reihn, Die Wälder in Liebe beschlungen und frei, Ich sehe die Menschen — Menschen sein!

Peter Rosegger.

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Von A. Anoll, Vertreter des Generalkommando im Verband zur Förderung der Theaterkultur.

Ueber Kunst und Volk zu sagen. Es könnte vielleicht gemagt werden, über das schon so oft behandelte Thema: die Kunst dem Volk — noch Neues sagen zu wollen. In dieser Forderung ist in Deutschland doch alles einzig! Das ist leider nicht immer nicht der Fall; das hat sich noch in neuerer Zeit erwiesen. Und unter denen, die der Forderung an sich zustimmen, herrschen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie sie zu verwirklichen ist. Aber schon über die Grundforderung bestehen im Volke der „Dichter und Denker“ noch sehr tiefergehende Meinungsverschiedenheiten. Sie ist noch längst nicht Gemeingut aller. Und gerade in den Kreisen, die der Kunst nahesteht, gibt es nicht wenige, die ganz gegenläufiger Richtung sind; die der Forderung: die Kunst dem Volk! — die Ansicht entgegensetzen, daß Kunst „Kaviar fürs Volk“ sei, d. h. daß das Volk die breite Masse, für das Verständnis für Kunst und ihrer erhabenen Werte nicht reif ist und niemals reif sein wird.

arbeiten hat es bis heute gefehlt. Nur in einigen wenigen Großstädten sind bescheidene Anfänge gemacht worden; selbst die Volksbühne in Berlin muß, gemessen an dem Maße des wirklichen Bedarfs, ein bescheidener Anfang genannt werden. Aber, soweit sich aus diesen Anfängen ein Urteil ziehen läßt, muß doch zugegeben werden, daß Freude an echter Kunst und Kunstbegeisterung nicht an den Besten eines großen Geldbeutels gebunden sind, sondern daß sie auch in den Kreisen eine Stätte haben, die nicht in der Lage sind, sich die goldbeschlagenen Porten unserer kapitalistischen Kunsttempel erschließen zu können. Diese Anfänge zeigen uns also, daß Gefühl für echte Kunst sehr wohl auch in den breiten Volksschichten anzutreffen ist, und daß die Möglichkeit zu fröhlichem Kunstgenuss, und sei es auch nur im bescheidenen Privatgenuss, auch hier das Verständnis für echte und wahre Kunst zu wecken vermag. Und zwar ganz gewiss in mindestens demselben Maße, wie diese Eigenschaften heute in den zahlungsfähigen Kreisen zu finden sind. Es ist doch wohl auch so: Durchaus nicht alle, die heute Zeit und Mittel haben, bei den Erbauungsleistungen (Premieren) die Theater zu füllen und damit ein äußerliches Interesse für die Kunst an den Tag legen, haben auch wirklich Kunstgefühl und Kunstverständnis. Das sage ich ja schon von den ständigen Besuchern der teuren Plätze im Theater. Manches einer von diesen „Theaterhabitués“ liest erst am andern Morgen in seinem Leitblatt, was er am Abend zuvor gesehen und gehört hat. Und selbst diejenigen, die zur Kunst in einem beruflichen Verhältnis stehen, brauchen doch mitunter recht lange, ehe sie sich über künstlerischen Wert und Inhalt des Dargebotenen klar zu werden vermögen.

Ein geradezu klassisches und zugleich das bekannteste Beispiel dieser Art ist Richard Wagner; aus neuerer Zeit könnte man auch Weckelind nennen. Lange Jahre haben diese Künstler um ihre Anerkennung ringen müssen, Weckelind ist ja auch heute noch sehr umstritten. Es gibt auch heute noch Künstler und Kunstkenner, die die Wagnerischen Kunstwerke als „unästhetisch“ ablehnen. Und es sind oftmals Kunstschaffler von anerkanntem Ruf gewesen, die von antwortenden Sternen am Kunstbimmel das Daseinsrecht freitrag gemacht haben.

Schick — es handelt sich bei dieser Kampfen um subtilere Dinge, als um Kunstverständnis, schließlich. Wir sind aber berechtigt, sie zum Beweise für unser Thema insofern heranzuziehen, als es sich darum handelt, darzutun, daß es auch in Fragen der Kunst keine unfehlbaren Rapsche gibt — und wenn dennoch solche es wagen, den breiten Schichten des Volkes ein Lebensbild und damit des Interesse für die Kunst abzusprechen, ihnen an Hand der Kunstgeschichte und der Geschichte der Kunst zu beweisen, daß sie selber durchaus reifbar, oftmals mehr eingestrichelt als gebildet, kein Recht haben, ein Urteil über das „urteilslose“ Volk zu fällen.

Damit kommen wir auf die Einwände zu sprechen, die man in jüngster Zeit auch dem Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur entgegengehalten hat. Auch diesen ist es nicht erspart geblieben, daß ihm von Leuten, die das Verständnis für Kunst in Erbpacht genommen zu haben glauben, entgegenzusetzen wurde, daß sein Vorhaben, die Massen für das Theater zu gewinnen und umgekehrt, das Theater den Massen entgegenzubringen, vergebliches Bemühen sei. Vergeblich deshalb, weil eben die Masse vom Theater nichts versteht. Diesen Widerspruch hat der genannte Verband besonders im deutschen hervorgehoben, weil er nicht etwa ein „Theaterversteher“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist und sein will, sondern die Masse durch die Kunst zu „kultivieren“, sondern weil er eben keine Ziele erdacht hat, die weiter gehen. Er hat sich, wie sein Name besagt, kulturelle Aufgaben gestellt. Er will, daß das Theater ein Kulturfaktor im Dasein des deutschen Volkes wird. Er will nicht nur den Theaterbesuch fördern, sondern er

will zu gleicher Zeit erzieherisch und veredelnd auf den Theaterbesuch und die Theaterbesucher einwirken, ebenso aber auch auf das Theater selbst. Das lehrt in dem Sinne, daß es sich aus seinem jetzigen Zustande als Schicksals-Theater erhebt und zu einem Kulturtheater wird. Das soll dadurch erreicht werden, daß Theaterleiter und darstellende Künstler und sonst alles, was wirtschaftlich mit dem Theater zusammenhängt, in sozialer Hinsicht gehoben werden.

II.

Das Programm des Verbandes zur Förderung Deutscher Theaterkultur.

Was der Verband bezweckt, das sagt uns kurz und klar ein von demselben herausgegebenes Merkblatt: „Was will der Verband zur Förderung Deutscher Theaterkultur?“ Der Verband bezweckt den Zusammenschluß aller Deutschen zur Hebung und Förderung des deutschen Theaters, als Pflegestätte der Kunst, im Geiste deutscher Bildung und Gestaltung. Er will vor allem das Theater allen Schichten des deutschen Volkes zugänglich machen, das Verständnis für die nationale Bühnenkunst und ihre Bedeutung wecken und Missstände im Theaterwesen bekämpfen. (§ 2 der Satzung.)

Der vom Verein bezweckte Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes (Behörden, Vereine, Theater, schaffende und ausübende Künstler, Einzelpersonen) erfolgt auf paritätischer Grundlage unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens, sowie der Selbstständigkeit der ausgeschlossenen Körperschaften. (§ 4 der Satzung.)

Nach 1 1/2-jährigem Bestehen zählt der Verein bereits 11 000 Mitglieder, 190 Verbände und Vereine mit insgesamt 24 Millionen Mitgliedern sind beigetreten, desgleichen etwa 50 Städte und Landkreise. In verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten sind Provinzial- bzw. Landesauschüsse gebildet, denen in erster Linie die Lösung der Wandertheaterfrage obliegt.

Der Verband widmet sich gleichzeitig mit Eifer der Bildung von Ortsvereinen, die in über 100 deutschen Städten bereits eingeleitet ist, und die in etwa 40 Städten bereits erfolgreich arbeiten. In den größeren Städten, die ein eigenes Theater besitzen, ist es die Aufgabe der Ortsvereine, die Theaterleitung in ihrer künstlerischen Arbeit zu unterstützen, durch geeignete Einrichtungen die Vorstellungen allen Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und auf den Geschmack veredelnd einzuwirken. Auch kann durch die literarisch interessierten Kreise die Förderung besonderer Kunstgattungen betrieben werden.

In den kleineren Städten ohne eigenes Theater tritt der Ortsverein als Organ der Gesamtheit der Bevölkerung an die Stelle der Bühnenleitung, er bezieht im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung das Schicksal der Bühnenleitungen; das bis jetzt das Kennzeichen des Theaterlebens in den meisten kleinen Städten ist und bei dem es ganz in das Belieben umherreisender Truppen gestellt ist, mit welcher Nachsicht und Minderwertiger Großstadtspielen sie die Stadt beglücken wollen. Der Ortsverein arbeitet einen Winterplan aus, bei dem auch auf die Einrichtung von Volks- und Schülervorstellungen Bedacht genommen wird; er ermöglicht den gemeinnützigen Wanderunternehmungen oder benachbarten Bühnen eine genügend große Zahl von Vorstellungen, organisiert den Besuch und sorgt für die notwendige aequale Vorbereitung. Er unterbindet zugleich umherreisenden minderwertigen Truppen die Möglichkeit, schlechte Aufführungen zu geben.

So hofft er durch das Zusammenwirken aller Kräfte mit der Unterstützung der Behörden und unter Führung der Sachleute, dem deutschen Theater im Geistesleben des deutschen Volkes den Platz zu erringen, der ihm gebührt und es dem geistigen Wachstum und dem Kulturfortschritt des ganzen Volkes dienlich zu machen.

werden, daß es die Patent-Patrioten, die Wächter der Vaterlandsliebe, die Herren Junker, gewesen sind, die diese Kanalprojekte nicht haben zur Ausführung kommen lassen. Sogar eine Anzahl von Landräuten war damals "mittelmäßig" unter den Kanalrebellien. Trotzdem sich der Kaiser mündlich und schriftlich für den Mittelkanalplan verwandt hatte, machten sie sich in Versammlungen wie im Landtage über das Projekt, von dem sie eine Erhöhung der Landarbeiterlöhne befürchteten, weislich lustig; sie wurden damals zwar gemagtregelt, die allmächtigen Junker setzten aber die Wiedereinrichtung ihrer landrätlichen Kollegen durch. Es wäre einmal interessant, nachzuprüfen, wieviel Millionen allein in den vier Kriegsjahren an Transportkosten gespart worden wären, wenn wir nicht allein auf die Eisenbahnlinien angewiesen wären. Besont' muß noch werden, daß die winterliche Kohlennot, das Stöcken der Lebensmittel, und der elende Eisenbahnverkehr hauptsächlich dem Mangel an Wasserstraßen zuzuschreiben sind.

Etwas für alldeutsche Kriegsgewinnler.

In der alldeutschen "Deutschen Zeitung" findet sich in großer Schrift das folgende Inserat, dem wir gern weitere Verbreitung verschaffen:

"Deutsch gesinnter Schriftsteller
germanischer Rasse,
für Deutschlands Zukunft bedeutsame
Gedanken zu verwirklichen strebt, bittet
hochherzigen, kinderlosen Millionär,
ihn entweder mit seiner Gattin und seinen blond-
haarigen und blondäugigen Kindern
zu adoptieren
oder ihm die Befreiung aus einem seine Kräfte
lahmlegenden Beruf zu ermöglichen. Nur ernst-
gemeinte Entladungen zu persönlicher Vorstel-
lung mit Zusage der Reisegeldgütung finden
Berücksichtigung. Persönliche Anfragen vermit-
telt unter Zusage und Förderung strengster
Verschwiegenheit die Geschäftsstelle der "D. Ztg."

Den hochherzigen Millionären von der Schwerindustrie und der "Ma", die dem deutschen Zeitungswesen ein so lebhaftes Interesse zuwenden, bietet sich hier die Gelegenheit, einem bahnbrechenden Schritte, mit Frau und blondäugigen Kindern, die Möglichkeit zu weitläufigem Schaffen zu sichern.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Sinnes im Braunkohlenbergbau.

Die größte mitteldeutsche Braunkohlen-Grubengesellschaft, die Rheinischen Montanwerke A.G., erweiterte ihren Aufsichtsrat, und wurde als neues Aufsichtsratsmitglied u. a. Herr Hugo Sinnes gewählt. Herr Sinnes ist bereits in mehreren Dingen industrieller Unternehmungen Aufsichtsrat. In der Steinkohle-, Erzbergbau-, Eisen- und Stahl-, Maschinen-, Sprengstoff-, Schiffbauindustrie, in einer Reihe von Großhandelsgesellschaften, in der Binnen- und Uferseeschifffahrt, nimmt Sinnes bereits hervorragende Stellungen ein. Nun tritt er auch in der Braunkohlenindustrie hervor. Er ist einer der rührigsten Repräsentanten des modernen Großkapitalismus, dem sein Herrschaftsgebiet nicht zu groß sein kann.

Ueber die Kohlenversorgung Oesterreichs

machte der Minister Homann im Kriegswirtschaftlichen Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses Mitteilungen, die erkennen lassen, daß die Förderung der "schwarzen Diamanten" in allen kriegsführenden Ländern meist denselben Schwierigkeiten unterliegt. Die Kohlenförderung ist im 1. Halbjahr 1918 um über eine Million Tonnen hinter der im 1. Halbjahr 1917 zurückgeblieben. Besonders stark scheint die Förderung im Odra-Parthener Bezirk zurückgegangen zu sein. Der Minister führte weiter aus: Die Einfuhr ausländischer Kohlen ist jetzt infolgedessen beständig, als Deutschland die vereinbarte Menge auch wirklich liefert. Es ist selbstverständlich, daß sich die Regierung der Erkenntnis dieser Schwierigkeiten nicht verschließen und ihr Möglichstes tun, ihnen entgegenzutreten. Die Maßnahmen, welche zu diesem Zwecke getroffen werden sollen, müssen sich nach den Ursachen richten, auf welche die Schwierigkeiten zurückzuführen sind, und zwar seien diese Ursachen die Unterernährung der Bergarbeiter, die Verkehrserschwerungen auf den Bahnen und schließlich gewisse technische Mängel (Abnutzung der Maschinen und dergleichen), die sich ebenso wie in allen Betrieben, selbstverständlich auch im Bergbau zeigen. Der Minister habe immer sein Augenmerk darauf gerichtet, die Zahl der Arbeiter zu erhöhen und eine Verbesserung der Ernährungsfrage der Bergarbeiter herbeizuführen und gegenüber den maßgebenden Stellen immer den Standpunkt vertreten, daß die Vorsorge für eine ausreichende Ernährung der Bergarbeiter eine Notwendigkeit ist; denn wenn der Bergarbeiter verhungert, fällt das ganze wirtschaftliche und politische Leben zusammen. Es ist gelungen, die Anzahl der in den Bergbau verwendeten Arbeiter zu steigern; im Januar 1917 hat die Anzahl der Bergarbeiter 117.841, im Mai 1918 133.303, mithin um 16.000 Mann mehr betragen. Trotzdem ist die Produktion gefallen, woran unter anderem auch das sogenannte Schichtenfeiern schuld sein dürfte. Der Grund hierfür ist wiederum in den Gasterkrankheiten zu suchen, die die Bergarbeiter unternehmen, um für sich und ihre Angehörigen Lebensmittel zu erlangen. Wenn wir die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter derart gestalten, daß diese Fabriken aufhören, dann wird die Produktion von selbst in die Höhe gehen. Jetzt muß über allen Dingen die Erkenntnis stehen, daß das soziale Leben aufhört, wenn der Bergbau nicht fördert. Der Minister beabsichtigt, die Produktion im ganzen um 14.000 Tonnen täglich zu steigern, die Möglichkeit dazu ist vorhanden, weil sowohl die Werke als auch die Arbeiter den Willen haben, die Produktion zu erhöhen, wenn die Voraussetzungen durch entsprechende Versorgung mit Lebensmitteln geschaffen werden.

Eine Kohlensteuer auch in Ungarn.

Wie in Deutschland und Oesterreich, soll auch in Ungarn eine Besteuerung der Kohlen mit 20 Prozent ihres Wertes erfolgen. Der ungarische Kohlenverbrauch betrug in Kriegsjahren rund 150 Millionen Doppelzentner im Werte von 450 Millionen Kronen. Die Regierungsentwurf zur Kohlensteuer rechnet mit einer Staatsentnahme von 75-80 Millionen jährlich. - Steuern, Steuern und abermals Steuern, sind die "Kriegsgewinne" der Völker, denen die Kriegstromantiler "herrliche Zeiten" versprochen haben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Was wird aus der preussischen Wahlrechtsvorlage?

Einer offiziellen Zeitungsnote zufolge scheint die Regierung die für den Herbst angekündigte Landtagsauflösung nicht vornehmen zu wollen, mindestens wird eine weitere Einausschiebung der Entscheidung durch die Wähler geplant. Man hofft mit dem Herrnhäuser zu einer "Verständigung" zu kommen, die natürlich das arbeitende Volk absolut nicht befriedigen kann. Ob die Regierung gar keine Abnung von der in den Arbeiterkreisen herrschenden Stimmung hat? Das wäre der Gipfel der Volksherrschaft. Schreibt doch sogar das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften über die Verschleppung der Wahlrechtsreform: "Warum werden neue Preisermäßigungen in demselben Augenblicke gefordert, wo Kämpfungen der Nahrungsmittelkationen bevorstehen? Und warum vor allem dieses elende Spiel, diese Volkserhöhung in Bezug auf die preussische Wahlrechtsreform? Warum nicht dem verderblichen Herrschaftsmittel jener, die ihrer Gegnerkraft gegen die Reichsgleichheit des Volkes auch noch die freie Verdröhnung anfügen, mit einem Male kraftvoll ein Ende gemacht? Es schreit zum Himmel, daß die Massen in ohnmächtiger Wut immer aufs neue solchen bitteren Erfahrungen ausgesetzt werden! Uns liegt es wirklich am Herzen, die gefährlichen Uebergangszeiten möglichst gut oder doch mit möglichst geringer Einbuße für die Widerstandskraft des Volkes und seine Stimmung zu überwinden. Wir möchten den Massen sagen können, daß wirklich alles getan wird, um diese Zeitperiode so gut wie möglich hinter uns zu bringen. Aber wir sehen einwilligen nicht, daß man sich in den verantwortlichen Stellen entsprechend benimmt."

Wir sehen es auch nicht, beobachten vielmehr, daß sich junkerliche und großkapitalistische Volksschicksalsfeinde ungeniert breit machen dürfen, als ob dem Volk niemals das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht feierlich versprochen worden wäre. Man wundere sich deshalb nicht, daß die Arbeitermassen immer mehr den Glauben an die Erfüllung des Versprechens verlieren und sich ihnen der Vergeltung mit den Vorgängen nach dem "Verfassungstagen" vor 100 Jahren förmlich anfrängt. Nimmt man dazu die Verschleppung der Verwirklichung der sozialgesetzlichen Reformversprechungen (Arbeitsamtergesetz usw.), die große Ernährungsnot und die Volkswanderung durch schamlose Preiserhöhungen, dann sollte man sich überaus leicht vorstellen können, welche ein freudiger Rhythmus in den arbeitenden Massen ausbreitet.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle

haben im Jahre 1917 unter den länderübergreifenden Kriegswirkungen stark zu leiden gehabt. Das "Korrespondenzblatt" unserer Gewerkschaftskommission veröffentlicht über die Zahl, den Anfang und die Tätigkeit der berggewerkschaftlichen Kartelle eine umfangreiche Statistik. Die Zahl der im Bericht einbezogenen Kartelle hat auch im Jahre 1917 einen weiteren Rückgang erfahren. Den Höchststand von berichtenden Kartellen weist von allen Berichtsjahren das Jahr 1913 mit 771 Kartellen auf. Im Jahre 1914 dagegen wurden nur 578 Kartelle gezählt, 1915 sanken sie auf 524 und 1916 auf 469 Kartelle. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleichzusetzen. Eine Anzahl berichterstattender Kartelle waren am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften, die insgesamt 1.053.402 Mitglieder zählten, angehängt. Gegen das Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von rund 216.000 Mitgliedern. Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter der Führung der Gewerkschaften sehr sehr eng gezogen, es fehlt an agitatorisch gesuchten Kräften, eine großartige Werbearbeit für die Gewerkschaften ist daher nicht möglich. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen. Das Verlegen von Rechtsauskunftstellen wurde von 123 Kartellen berichtet. Diese Einrichtungen legen den Gewerkschaften sehr hohe finanzielle Lasten auf. Sehr hohe Kosten verursachen auch die Gewerkschaftshäuser, die in der Statistik von 1917 mit 69 bezeichnet sind; 41 davon befinden sich auf eigenem Grundstücken. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhaltene Lesezimmer. Bildungsausschüsse besitzen an 240, und Jugendkommissionen an 214 Orten. Die 430 Kartelle, die über Kassembestände berichtet, hatten zusammen eine Einnahme von 1.044.433 Mark, eine Gesamtausgabe von 1.046.215 Mark. Die Kassembestände beliefen sich am Schlusse des Jahres auf 357.816 Mark. In den Schlussbemerkungen des Berichts werden die Arbeiter bringend ermahnt, innerhalb der Gewerkschaften den Spaltungsversuchen keinen Raum zu lassen, sondern alle Kräfte im Interesse der Arbeiterschaft zusammenzufassen.

Internationale Rundschau.

Friedensoffensive französischer Gewerkschaften.

Unter der Führung des Gewerkschaftssekretärs Meerheim (Metallarbeiter) und des Generalsekretärs des französischen Gewerkschaftsverbandes, Jouhaux, hat dieser Verband eine Entschliessung gefasst, in der die Regierung aufgefordert wird, ihre Kriegsziele klar zu formulieren, und nicht den Krieg bis zum Weisbleiben fortzusetzen. Die Gewerkschaftsführer suchten den Ministerpräsidenten Clemenceau auf und erklärten ihm, daß die Munitionsarbeiter, auch die Frontsoldaten, von einem starken Mißtrauen gegen das Kriegsprogramm der Regierung zeugt seien. Clemenceau gab ausweichende Antworten und drohte mit den schärfsten militärischen und polizeilichen Maßnahmen gegen die regierungsfeindliche Agitation. Die Arbeitervertreter ließen sich aber davon nicht einschüchtern, sondern bestanden auf ihrer Forderung, die Regierung solle auf einen Verständigungsfrieden hinarbeiten. - Gegen die einflussreichen Kriegstreiber hat sich auch eine große Mehrheit im sozialistischen Parteiverband (Paris) ausgesprochen. Sie verlangt den Aufbruch zum sozialistischen Friedensinternationalen und die Ausfolgung von Waffen für die französischen Delegierten; andernfalls hätten die sozialistischen Parlamentsmitglieder die Kriegskredite abzulehnen. (Belanunklich legt die deutsche Reichsregierung den deutschen Delegierten zu einem internationalen Sozialistenkongress keine Rücksicht auf den Weg. Die französische, britische und die italienische Regierung aber hat bisher die Reisepässe verweigert. Gewiß ist das kein Zeichen eines guten Gewissens.)

Der britische Bergarbeiterbund

hielt anfangs d. Mts. seine Jahresversammlung ab. Wir werden darüber nur sehr spärlich, und zwar durch die holländische Presse, unterrichtet. Danach hat der Bundespräsident, der wegen seiner friedensfeindlichen Tätigkeit bekannte Kamerad Robert Smille, auf der Konferenz eine Rede gehalten, die eine starke Beteiligung der Arbeiter an dem (dem Vernehmen nach in nächsten Herbst stattfindenden) Parlamentswahlen will. 350-400 Arbeiterlandkandidaten würden aufgestellt. Die Arbeiter seien berufen, das Land zu regieren, und der Moment sei nahe, wo sie im Parlament die Mehrheit haben würden. Smille äußerte sich auch über den Wiederaufbau nach dem Kriege und sagte dabei, eine Uebergangswirtschaft, die lediglich den Kapitalisten eine höhere Dividende verschaffe, dürfe man nicht dulden. Der Krieg habe vor allen Dingen gelehrt, daß das Land so produktiv wie nur irgend möglich gemacht werden müsse. Die Bergwerke dürften nicht allein unter der Kontrolle der Regierung sein, sie müßten sogar zum Staatsbesitz gemacht werden. Schließlich gab Smille seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es in den letzten drei Jahren bereits ein- oder zweimal möglich gewesen wäre, den Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu bringen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Hugo (Schacht 3). Bei der Seifahrt herrscht hier eine große Unordnung. Die Fahrnummern werden alle nacheinander vergeben, und kaum ist das Durcheinander da. Es ist unbedingt notwendig, daß in diesem Zusammenhang Ordnung gebracht wird. Warum wird der Arbeiterschuss nicht beauftragt, das vorzubringen?

Zeche Mathias Sinnes 1 u. 2. Hier laufen die Arbeiter beim Schichtwechsel Gefahr, von den elektrischen Motoren überfahren zu werden, die ihren Betrieb entweder überhaupt nicht oder zu spät einstellen. Die Arbeiter wissen oft nicht, wo sie bleiben und woher sie springen sollen, wenn die Motore angefaßt kommen. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand.

Zeche Schnabel ins Ofen. Bei der Warenausgabe stimmt in vielen Fällen das Gewicht nicht. Bisher waren jedoch alle Beschwerden berechtigt. Kürzlich wurden Graupen ausgegeben, die von der Stadt Essen für die Belegschaft geliefert waren. Jedes Belegschaftsmitglied sollte ein Pfund erhalten. Bei den vorgenommenen Nachprüfungen fehlten jedoch teilweise 40-50 Gramm an jedem Pfund. Wenn das Mindergewicht durchschnittlich 40 Gramm betrug, dann macht das bei 365 Mann Belegschaft 77 Pfund und 100 Gramm. Da fragen die Arbeiter mit Recht: "Wo sind die Graupen geblieben?" Herr Rühlmann, der die Lebensmittelverteilung hat, gibt den Mädchen die Schuld, welche das Abwiegen befragen. Damit ist nicht geteilt. Es handelt sich nicht nur um die Graupen, sondern auch um sonstige Lebensmittel. Immer wieder gibt es Minder- aber nie Uebergewicht. Da hätte man den Beschwerden der Arbeiter längst auf den Grund gehen müssen.

Zeche Schürbank und Charlottenburg. Im Revier 4, bei Steiger Altenhoff, hat hier eine Kameradschaft im Mai 1160 Mark und im Juni 1052 Mark verdient. Das Gedinge stand also hier unabweislich zu niedrig und hätte aufgebessert werden müssen. Wäre das geschehen, hätte die Kameradschaft auskömmliche Löhne verdient. Kürzlich bezurteilte der Hauer B. und wurde in einem Wagen zu Tage gefördert, weil eine Tragbühre nicht zu erreichen war. Und doch ist dargelegt, daß Tragbühren vorhanden sein sollen. An Arbeitsbücheln herrscht ebenfalls Mangel. Auch über Holzangel wird geklagt. So klagen die Arbeiter nun schon seit Jahrzehnten. Warum? Weil hinter diesen Klagen keine entsprechenden Lagen stehen. Würden die Unorganisierten ihre Organisationspflicht erfüllen, dann würden sich alle diese Klagen erübrigen.

Zeche Westende (Kampfschacht 3 u. 4). Von hier wird uns mitgeteilt, daß die Schichtlöhne nur 9,40 Mark, 9,70 Mark usw. betragen, trotzdem seien aber noch Abzüge von 10-70 Pf. pro Schicht gemacht worden. Es wird auch über die häufigen und hohen Strafen geklagt, die trotz der nicht ausreichenden Löhne verhängt werden. Es herrsche über alles das viel Unzufriedenheit, und man dürfe sich nicht wundern, wenn dieselbe sich in unliebbarer Weise äußern würde. An dieser Stelle haben wir immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß an alledem die Unorganisierten schuld sind. Würden alle ihre Organisationspflicht erfüllen, dann wären die geschädigten Verhältnisse nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich erübrigen.

Süddeutschland.

Grube Frankenthal. Die Arbeiter klagen sich hier, daß die Lebensmittelarten zu unregelmäßig ausgegeben werden, so daß sie ihre Lebensmittel nicht empfangen können. Kommen die Lebensmittelarten dann aber heraus, dann sind die betraugten Lebensmittel darauf eingetragen, ohne daß die Arbeiter sie erhalten haben. Wie ist das möglich? Es ist notwendig, daß dieser Ungehörigkeit auf den Grund gegangen wird. Ueber die Fleisch- und Schabberteilung wird in derselben

Weise geklagt. Es wird gewünscht, daß die Lohnzettel nicht erst am Tage der Abrechnung, sondern schon einige Tage zuvor ausgegeben werden. Die Frauen in der Waschküche laufen nur teilweise und sehr unregelmäßig. Das sind alles Beschwerden, für die der Arbeiterschuss zuständig ist. Warum werden dieselben nicht durch den Arbeiterschuss vorgetragen? Warum wird der Umweg über die "Bergarbeiter-Zeitung" gewählt? Warum gehören die Arbeiter von Frankenthal nicht reiflos ihrer Verbandsorganisation an? In diesem Fall können die geschädigten Verhältnisse gar nicht denkbar und unsere Kritik würde sich folglich erübrigen. Es ist dringend notwendig, daß in dieser Beziehung bald eine Änderung zum Besseren eintritt. Wir sind nicht dazu da und haben auch keine Lust, in dieser Weise fortgesetzt für die Denkschrift, Opfergaben und Unamerabschaftlichkeit der Unorganisierten einzuflehen. Denn darauf läuft es doch hinaus. Wir üben nun schon seit Jahren Kritik, wiederholen immer dieselben Beschwerden, brechen uns also fast ungenutzt fortgesetzt im Kreise, und doch ist alles vergeblich, nur weil die Unorganisierten ihre Organisationspflicht nicht erfüllen. Das ist ganz unerträglich.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Wirte, bilde!
Wirte, bilde! Ob im Leben,
ob im Zauberland des Scheins,
zwingt des Stoffes Widerstreben,
sei mit deinem Schaffen eins.
Freu dich, wenn es Frucht getragen!
Aber löstlicher noch bleibt
jener Tropfen Unbehagen,
der zu neuem Werke treibt!
Friedrich Adler.

Es geht um die Selbsthaltung.

Der Mitgliederzuzuwachs hält zwar in unserem Verbands an. Immer mehr verkleinert sich das Heer der Unorganisierten. Aber das genügt noch nicht. Es kann und muß noch mehr geschehen. Nach wie vor können die Werksbesitzer alle unsere Forderungen ablehnend beantworten und uns die Anerkennung versagen

mit dem Hinweis auf die Unorganisierten, die mit allem zufrieden seien und es gar nicht besser haben wollten. Dabei drängen gerade die Unorganisierten am meisten, daß "etwas gemacht" werden soll. Immer wieder behaupten sie, die Verbände hätten keinen Zweck, es würde ja doch nichts gemacht, die Führer seien zu waschlappig,

den Werksbesitzern müsse einmal gezeigt werden, wo Bartel den Rost holt, jetzt sei gerade dazu die richtige Zeit usw. So reden dieselben Leute, von denen die Werksbesitzer behaupten, daß sie mit allem zufrieden sind und es nicht besser haben wollen. Das ist ein immer unerträglicher werdender Zustand. Die Selbsthaltung erfordert darum, daß die

Unorganisierten so schnell wie möglich verschwinden. Sie bilden die Wurzel allen Übels. Würden sie ihre Organisationspflicht erfüllen, dann wäre die Selbstherrlichkeit, womit die Werksbesitzer alle Forderungen ablehnend beantworten, und den Arbeitern die Anerkennung versagen, gar nicht denkbar. Die Selbstherrlichkeit der Werksbesitzer

verschwindet erst mit der Denkschrift, Opfergaben und Unamerabschaftlichkeit der Unorganisierten. Eins bedingt das andere. Was nutzt den Bergarbeitern das Recht, wenn sie nicht die Macht haben, es zur Geltung zu bringen? Recht kann ohne Macht nicht aufrechterhalten werden" schrieb am 26. Mai 1918 die "Rheinisch-Westfälische Zeitung". Darum müssen

die Bergarbeiter eine Macht bilden, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen. Alle Rechtsfragen spielen sich zuletzt auf Machtfragen hinaus. Nur wer die Macht besitzt und festhält, der ist und bleibt im Rechte". schrieb am 24. Dezember 1916 die "Rheinisch-Westfälische Zeitung". Macht geht vor Recht! Die

Selbstherrlichkeit der Werksbesitzer ist mit dem natürlichen und geschriebenen Recht nicht in Einklang zu bringen, sondern beruht lediglich auf ihrer Macht. Diese Macht der Werksbesitzer beruht aber hauptsächlich auf der von den Unorganisierten vererbten Ohnmacht der Bergarbeiter. Unermeßlich groß ist die Schuld

der Unorganisierten. Alle Bedrückung, Mißachtung, Rechtlosigkeit, Willkür usw. sind nur darauf zurückzuführen. Die Bergarbeiter und ihre Familien sind demnach Opfer der Denkschrift, Opfergaben und Unamerabschaftlichkeit der Unorganisierten. Bei gleicher Macht hätten die Bergarbeiter auch das gleiche Recht wie die

Werksbesitzer und damit in jeder Beziehung, was sie brauchten. Die Unorganisierten bilden das Fundament, worauf die Selbstherrlichkeit der Werksbesitzer beruht, und damit das Verhängnis der Bergarbeiter. Da gilt es, einzugehen, und zwar mit ganzer Kraft! Vereint sind auch die Schwachen mächtig. Immer mächtiger muß darum überall der Ruf erschallen: Nieder mit der Denkschrift, Opfergaben und Unamerabschaftlichkeit der Unorganisierten! Es geht um die Selbsthaltung!

Planmäßige Hausagitation.

Mit anerkanntem Eifer wird in vielen Abteilungen die Hausagitation betrieben. Doch geschieht das nur in den wenigsten Fällen planmäßig. Dadurch wird der Erfolg von vornherein wieder in Frage gestellt. Es ist daher notwendig, die Hausagitation überall planmäßig vorzubereiten und durchzuführen.

Zunächst ist die Zahl Unorganisierten nebst Name, Wohnung usw. zu ermitteln. Darüber muß möglichst eine Liste angelegt und weiter geführt werden. Danach erfolgt dann die Verteilung der Arbeit nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Kräfte. Ist das Arbeitsfeld für eine einmalige Bearbeitung zu groß, dann muß es geteilt werden. Alles muß sich den vorhandenen Kräften anpassen. Ist das Arbeitsfeld zu groß, kann es nicht gründlich genug bearbeitet werden.

Soweit als möglich müssen immer zwei Mann zusammengehen. Dadurch wird die Arbeit leichter und erfolgreicher. Die Ausgaben der Unorganisierten können viel besser pariert und auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden. Vor allen Dingen können Unorganisierte, die bei dieser Gelegenheit alle Register ihrer Schwäche gegen die Organisation und ihre Führer ziehen, viel gründlicher gefasst und eventuell zur Verantwortung gezogen werden.

Ist die Arbeit vollbracht, dann müssen die Erfahrungen besprochen und die Ergebnisse festgestellt werden. So weit die Unorganisierten nicht gewonnen werden konnten, sind die Ursachen zu ermitteln. In allen Fällen ist den Dingen auf den Grund zu gehen. Auf diese Weise lernt man seine Pappenheimer kennen. Danach müssen sie bei kommenden Gelegenheiten behandelt werden. So läßt sich allmählich selbst die ausgeprägte Denkschrift, Opfergaben und Unamerabschaftlichkeit überwinden.

Was beim ersten Anlauf nicht zu holen ist, das muß nachgeholt werden. Immer und immer wieder muß Nachhilfe gehalten werden. Je öfter das geschieht, um so besser werden die Erzieher bekannt. Dazu sind immer neue Kräfte einzuflehen, die aber vorher genau unterrichtet werden müssen. So bekommt es der Unorganisierte, der sich unter allen Umständen um seine Organisationspflicht drücken will, immer wieder mit neuen Leuten zu tun, die aber seine gemeinschaftlichen Eigenschaften kennen und sich von vornherein darauf eingerichtet haben. - Einer solchen planmäßigen Bearbeitung wird sich auf die Dauer kein Unorganisierte entziehen können.

Natürlich ist eine solche planmäßige Hausagitation nur möglich, wenn genügend Kräfte vorhanden sind. Unsere Verbandskameraden müssen sich daher überall mehr als bisher in den Dienst ihrer Verbände stellen. Es genügt nicht, daß der Einzelne seine Beiträge zahlt, alle Arbeit aber der Ortsverwaltung überläßt. Alle müssen Hand anlegen, um so besser wird das Werk gelingen. Wenn alle Verbandsmitglieder in dieser Weise ihre Pflicht erfüllen, dann werden auch die Unorganisierten immer mehr zum Anschluß und zur Organisationspflicht gezwungen.

Eine Antwort des Zechenverbandes.

Endlich ist eine Antwort des rheinisch-westfälischen Zechenverbandes auf die Lohnangelegenheit der Bergarbeiterverbände eingelangt. Die Lohnangelegenheit war bereits vom 25. Juni, die Antwort ist am 28. Juli ausgefertigt, hat also über drei Wochen zu ihrer Fertigstellung gebraucht. Man möge die Leser beurteilen, ob Form und Inhalt der Antwort ihre dreiwöchige Verzögerung erklären. Das Schreiben ist der Absprache gemäß an den christlichen Gewerbeverein gerichtet und lautet:

Essen, den 28. Juli 1918.

An den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, a. S. des Herrn Vogelsang, Essen.

Gegen den mit Schreiben vom 25. Juni d. Js. gestellten Antrag, die Dauerdurchschnittslöhne auf 15 Mark und die Löhne der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen um 2 Mark bzw. 1 Mark zu erhöhen, sprechen sich heute noch die gleichen grundsätzlichen Bedenken, auf die wir schon früher Gelegenheit gehabt haben, hinzuweisen.

Die in der Begründung zu den gestellten Forderungen angegebenen Kohlenhauerdurchschnittslöhne für das erste Vierteljahr 1918 dürften nach unseren Ermittlungen zurzeit schon um etwa 60 Pf. überholt sein. Der bisherigen Entlohnung entsprechend sind auch in der Juliwoche die Löhne der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen weiter gehoben. Zugleich haben die Selbstkosten dadurch eine starke weitere Steigerung erfahren, daß die Materialkosten sich außerordentlich erhöht haben.

Zur Frage der Gewährung von weiteren Lohnzulagen Stellung zu nehmen sind die Zechen daher erst dann in der Lage, wenn feststeht, ob und in welchem Umfang die Kohlenpreise erhöht werden. Augenblicklich ist die Kohlenpreisfrage aber noch gänzlich ungeklärt. Nichtsdestoweniger glauben wir der Ansicht Ausdruck geben zu können, daß, falls unser Bezirk vor größeren Schwankungen bewahrt und die durchschnittliche Arbeitsleistung erhalten bleibt, ein Stillstand in der bisherigen Lohnentwicklung nicht eintreten und im Falle einer Kohlenpreiserhöhung auch ein entsprechend schnelles Ansteigen der Löhne aller Arbeitergruppen im Laufe der bevorstehenden Monate erfolgen wird. Den mitunterzeichneten Verbänden bitten wir, von vorstehender Antwort Kenntnis geben zu wollen.

Glückauf!

Zechen-Verband.

Der Vorstand: Eugen Berg. Die Geschäftsführung: Loewenstein.

Auf eine verständigende Ansprache mit den Vertretern der Arbeitergemeinschaft geht der Zechenverband auch jetzt nicht ein. Sind die Kohlenhauerdurchschnittslöhne zurzeit um etwa 60 Pf. höher als im 1. Viertel 1918, dann beträgt die ganze Lohnsteigerung innerhalb dreier Lohnrechnungsmonate nur etwa 5 Prozent! Der Durchschnittslohn für Kohlenhauer stand somit im Juli erst auf 12,76 Mark pro Schicht, also noch immer nicht auf 13 Mark, die bereits im Frühjahr 1918 „erzielt“ sein sollten. Hinsichtlich der finanziellen Betriebsergebnisse der Zechen verweisen wir auf den Leitartikel in voriger Nummer der Bergarbeiter-Zeitung. Am 26. Juli waren die Vorstandsvertreter der Bergarbeiterverbände nach Berlin zum Herrn Handelsminister Eshow geladen. Das Ergebnis der dortigen Besprechung ist uns zurzeit noch nicht bekannt. Wir enthalten uns daher vorerst eines näheren Eingehens auf die Antwort des Zechenverbandes, denken aber auf sie in der nächsten Nummer dieser Zeitung zurückzukommen, wo wir dann auch das Resultat der Besprechung im Ministerium den Kameraden zur Kenntnis bringen werden.

Glauben die Bergleute, die Antwort des Zechenverbandes habe so lange auf sich warten lassen, und sei so ausgefallen, wie sie vorliegt, wenn alle Belegschaften bis zum letzten Mann gewerkschaftlich organisiert wären? Man sieht wieder, daß die Unorganisierten der Verwirklichung der Arbeiterforderungen am stärksten hinderlich sind.

Gemeinschaftliche Schwägerereien.

Es wird in Arbeiterkreisen zu viel geredet und zu wenig gehandelt. In dieser Beziehung sind die Werksbesitzer vorbildlich. Diese reden möglichst wenig, handeln aber um so mehr. Wenn es die Arbeiter ebenso machen, dann würde sich das viele Reden erübrigen. Dann hätten vor allen Dingen auch die gemeinschaftlichen Schwägerereien aufzuheben. Leider darf heute noch jeder unorganisierte Schwägerling das Maul beliebig weit aufreißen, ohne befürchten zu müssen, daß es ihm von den organisierten Arbeitern gründlich gezipst wird.

Werden die Unorganisierten bei der Hausagitation oder bei sonstigen Gelegenheiten an ihre Organisationspflicht erinnert, dann werden alle Regier der Schwägererei gezogen, um die Organisation und ihre Führer herunterzureißen. Da heißt es: „Es hat ja doch keinen Zweck, die Verbände machen ja nichts, die Führer wollen nur auf unsere Kosten ein faules Leben führen, alles ist von selbst gekommen.“ usw. usw. Würden in allen Fällen diese schwägerlichen Dickschäpfer gezwungen, Farbe zu bekennen, Kopf und Ketter zu nennen, dann würden die gemeinschaftlichen Schwägerereien bald verschwinden. Aber das geschieht nicht, und so können Denkschwärze, Opferstehen und Unamerabschweiflichkeit sich ungehindert ausbreiten.

So wird uns jetzt aus Bergeshofen berichtet, daß der unorganisierte Bergarbeiter Anton Jede behauptet habe, unser Verband leide nichts und liege seine Mitglieder im Stich. So sei das Verbandsmitglied Rudolf Spratte in Hohenburg in seiner Unfallrettung im Stich gelassen und in seiner Rente geschädigt worden. Selbstverständlich sind diese Behauptungen glatt erfunden. Die Unfallrettung des Kameraden Spratte ist mit Erfolg durchgeführt worden. Jede ist auf alles das aufmerksam gemacht und angefordert worden, seine Behauptungen zurückzunehmen. Das hat er bisher nicht getan. Damit hat sich Jede selbst für jeden anständigen Menschen erledigt.

Wer die Einrichtungen und die Verfassung unseres Verbandes auch nur oberflächlich kennt, der weiß, daß solche gemeinschaftlichen Schwägerereien jeder Grundlage entbehren. Unser Verband ist eine demokratische Organisation. Jedes Mitglied hat Anspruch auf die Teilnahme, welche das von der Generalversammlung beschlossene Verbandsstatut vorsieht. Das Verbandsstatut und die Beschlüsse der Generalversammlung sind richtunggebend für alles, was im Verbands geschieht. Bei Differenzen können sich die Mitglieder beschwerend an die Landesleitung und darüber hinaus an den Kontrollausschuß und die Generalversammlung wenden. Die Ansprüche und Rechte der Mitglieder sind also in jeder Beziehung gewährleistet. Solche gemeinschaftlichen Schwägerereien können daher nur auf Verwirrung beruhen. Das weiß jedes Verbandsmitglied. Für die Verbandsmitglieder entsteht aber damit auch die Pflicht, den unorganisierten Maulhelden das Maul zu stopfen. Sie mögen dabei bedenken:

„Das größte Maul und das kleinste Ohr, können nicht unter derselben Stirn.“

Hannover, Braunschweig, Sassen-Lippe.

Herr Direktor H. Felle als Berichtschreiber.

In Nr. 21 der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten wir einen Bericht über die Kalkwerke Friedrichshall. Dazu überreichen wir jetzt, nach zwei Monaten, die Herren Rechtsanwältin Justizrat Langberg, Dr. Siegel und Lindemann, mit einem Berichtschreiben vom 23. Juli folgende Aufzählung des Herrn Direktors H. Felle vom 19. Juli:

„Unter Bezugnahme auf § 11 des Gesetzes über die Presse erlaube ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung bezüglich des in der Bergarbeiter-Zeitung vom 23. Mai 1918 erschienenen Artikels mit der Ueberschrift: „Kalkwerke Friedrichshall, Aktiengesellschaft, Carlheide und Schade.“

„Eine Gewerkschaft Kalkwerk Friedrichshall Carlheide und Schade gibt es nicht. Es bestehen die Kalkwerke Friedrichshall, Aktiengesellschaft in Schade, und die Bergwerksgesellschaft Glödauf Carlheide in h. S. in Carlheide. Diese beiden Gesellschaften haben Vermögensgegenstände nicht miteinander zu tun. Eine Verbindung zwischen diesen beiden Gesellschaften besteht nur insofern, als im gegenseitigen Verwaltungsrat der Kalkwerke Friedrichshall, Aktiengesellschaft, und Bergwerksgesellschaft Glödauf Carlheide in h. S. ein Mitglied besteht.“

Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Hildesheim betraf die Bergwerksgesellschaft Glödauf Carlheide. Hier habe ich die Erklärung abgegeben, daß bislang irgend eine Ausbeute an die Gewerkschaft noch nicht verteilt worden ist. Das entspricht durchaus der Wahrheit.“

Wenn jetzt die Bilanz der Aktiengesellschaft Friedrichshall herangezogen wird, um meine Angaben zu widerlegen, so ist das verfehlt. Der Stand des Meeres Friedrichshall hat mit der geschäftlichen Lage des Werkes Glödauf Carlheide nicht das geringste zu tun.

Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Celle, betr. die Aktiengesellschaft Friedrichshall, sind von mir keinerlei Ausführungen über den Stand dieses Werkes gemacht worden.

Schlichtungsausschuß!

Eine Berichtigung im Sinne des Preßgesetzes ist das nicht, und sie wird es auch nicht dadurch, daß Rechtsanwältin sie überreichen. Diesen Umweg hätte sich Herr Direktor Felle sparen können. Berichtigungen müssen richtigstellen und sich auf die Angabe von Tatsachen beschränken. Wenn haben wir aber die Bezeichnung Gewerkschaft Kalkwerk Friedrichshall, Carlheide und Schade, gar nicht gebraucht, brauchten nicht diese angebliche „Berichtigung“ nicht zu bringen. Wenn sich Herr Direktor H. Felle das Preßgesetz und unseren Bericht genauer angesehen hätte, dann würde er sich diesen Reklamationen erspart haben. Zu dem übrigen Teil der „Berichtigung“ wird sich jedenfalls unser Gewerkschaftsmann noch äußern.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Lohnbewegung der niederschlesischen Bergarbeiter.

Die Lohnverhältnisse der niederschlesischen Bergarbeiter sind sehr ungünstig, und das Drängen nach Verbesserung ist daher selbstverständlich. Auftragsgemäß haben die Leiter der Organisationen die Forderungen der Bergarbeiter schon am 6. Januar 1918 den Werksverwaltungen sowie dem Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Eshow, unterbreitet. Wir haben diese Forderungen in Nr. 3 und die Antwort des Handelsministers vom 19. Januar 1918 in Nr. 5 der Bergarbeiter-Zeitung mitgeteilt. Die Werksverwaltungen waren bereit, mit den Arbeiteraussschüssen in eine Besprechung der Lohnfrage einzutreten, lehnten es aber ab, mit den Organisationsleitungen darüber zu verhandeln. Wir berichteten darüber in Nr. 7 der Bergarbeiter-Zeitung. Am 27. Januar fand eine Besprechung der Organisationsleiter mit dem Handelsminister statt. In einem Schreiben vom 30. März erklärte der Handelsminister dann seine Einwilligung zu einer Erhöhung der Brennstoffpreise unter der Bedingung, daß die Mehrerinnahme „ausschließlich zum Besten der Belegschaft und Beamtenchaft der Werke verwendet werden soll.“ Wir haben über alles das in Nr. 13, 15 und 18 der Bergarbeiter-Zeitung berichtet.

Da ein befriedigendes Entgegenkommen trotz aller Bemühungen nicht erreicht wurde, haben die Arbeiteraussschüsse den Schlichtungsausschuß angerufen. Die Verhandlungen, bei denen unser Bezirksleiter Grünhagen als-Mundstuck mitwirkte, gestalteten sich äußerst schwierig. Am zweiten Verhandlungstag unterbreitete der Schlichtungsausschuß den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag, der auch den fürsichtigen und den anderen Gruben zugestimmt werden sollte:

1. Der Schlichtungsausschuß erkennt an, daß seit Erlass der ministeriellen Anordnung vom 30. März 1918 die Lebenshaltung der niederschlesischen Bergarbeiter infolge der Teuerung sich weiter verschlechtert hat, hält aber die gänzliche Erfüllung der von den Arbeiteraussschüssen gestellten Forderungen nach den Darlegungen der Grubenvertreter über die Rentabilität der Werke für nicht vereinbar mit der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus.
2. Sonntagsarbeiten der Kohlen-, Gesteins- und Zimmerhauer sollen mindestens mit dem Durchschnittslohn der Kohlen- und Gesteins-hauer im letzten abgerechneten Monat bezahlt werden. Darüber hinaus soll bei den am Sonntag im Gebirge ausgeführten Betriebsarbeiten ein Zuschlag von 10 vom Hundert zum Lohn gezahlt werden. Auf andere Arbeiten unter Tage finden diese Grundsätze entsprechende Anwendung.
3. Die gleichen Grundsätze, abgesehen von dem Zuschlag von 10 vom Hundert, gelten für alle an Werktagen unter Tage verfahrenen Nebenschichten, sofern sie nicht im Gebirge ausgeführt werden.
4. Nebenschichten über Tage werden mit einem Zuschlag von 10 vom Hundert bezahlt, soweit nicht bereits eine höhere Bezahlung erfolgt, gleichgültig, ob sie an Sonn- oder Werktagen ausgeführt werden.
5. Die weitergehenden Forderungen der Arbeiter werden fallen gelassen.

Am dritten Verhandlungstag kam es zu folgendem Vergleich mit der Glödauf-Friedenshoffnunggrube, dem beide Parteien zustimmten:

1. Der Schlichtungsausschuß erkennt an, daß seit Erlass der ministeriellen Anordnung vom 30. März 1918 die Lebenshaltung der niederschlesischen Bergarbeiter infolge der herrschenden Teuerung sich weiter verschlechtert hat, hält aber die gänzliche Erfüllung der von den Arbeiteraussschüssen gestellten Forderungen nach den Darlegungen der Grubenvertreter für nicht vereinbar mit der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus.
 2. Sonntagsarbeit unter Tage. Als Sonntagsarbeiten der Kohlen-, Gesteins- und eigentlichen Zimmerhauer für Arbeiten, die nicht im Gebirge ausgeführt werden, sind 9 Mark einlösliche Teuerungszulage zu zahlen. Bei den am Sonntag im Gebirge ausgeführten Betriebsarbeiten wird ein fester Zuschlag in Höhe von 1 Mark je Hauerschicht gezahlt. Auf andere Arbeiten finden diese Grundsätze entsprechende Anwendung.
 3. Ueber- und Nebenschichten unter Tage an Werktagen. Für Ueber- und Nebenschichten unter Tage an Werktagen wird, sofern sie nicht im Gebirge verfahren werden, ein Zuschlag von ungefähr 10 vom Hundert gezahlt.
 4. Ueber-, Neben- und Sonntagsarbeiten über Tage. Für Ueber-, Neben- und Sonntagsarbeiten über Tage wird, soweit sie nicht im Gebirge verfahren werden, ein Zuschlag von ungefähr 10 vom Hundert gezahlt, sofern nicht schon jetzt eine höhere Bezahlung (z. B. durch Untertage von längerer Schichtzeit) erfolgt.
 5. Als Sonntag gelten die gesetzlich anerkannten Sonn- und Feiertage.
 6. Als Sonntagszeit gilt die Zeit von Beendigung der Nachtschicht des vorhergehenden Werttages bis zum Anfang der Nachtschicht des folgenden Werttages.
 7. Die weitergehenden Forderungen werden fallen gelassen.
- Diesem Vergleich schlossen sich später auch die übrigen Gruben an. Ein Teil der Arbeiter war mit diesem Vergleich jedoch nicht zufrieden, und es kam folglich zu einer Auslandsbewegung, die aber bald glücklich beigelegt werden konnte.

Saargebiet und Reichslande.

Wohnungsnot im Saarrevier.

Die Wohnungsnot im Saarrevier wird immer drückender. Nicht allen Mietern glückt es, bei Aufgabe der alten eine neue Wohnung zu finden, so daß es häufig vorkommt, daß Familien zeitweise irgendwo an unwohnlichen Stellen Unterkunft suchen müssen. Hinzu kommt die für die Rückbildung meist zu kurz gestellte Frist und was noch schlimmer ist, manche Vermieter nehmen sich Rechte heraus, die sie nicht einmal besitzen, um ihnen unheimliche Mieter auf schnellstem Wege los zu werden. Wie es getrieben wird, mag z. B. folgender Fall zeigen. Die Werksfamilie in Saarbrücken besitzt in den Bergmannsdörfern Häuser, die sie verkauft oder verpachtet, wie es ihr paßt. Hierdurch geht dann schneller Wechsel im Vermietungsrecht vor sich, und die Mieter haben darunter zu leiden. So haben die Werksfamilie ein ihr in der St. Zingherter Straße zu Dindweiler gelegenes Haus an einen gewissen Spang verpachtet oder verpachtet. Es ist gleich wie, es kommt darauf an, daß Spang das Vermieterrecht besitzt, und da ihm die drei Mieter, die Bewohner des erworbenen Hauses, nicht passen, sucht er sie auf schnellstem Wege herauszubügeln. Am 1. Juli will er selbst die Wohnung beziehen, bis dahin zahlen die Mieter die Miete nach Saarbrücken. Sie wurden aber mit dem 1. Juni gekündigt, um am 1. Juli ausziehen. Ein Vertrag über monatliche Kündigung liegt aber nicht vor. Wochenlang laufen die Leute nach einer Wohnung, erhalten keine, auch die Gemeindebehörde ist nicht in der Lage, ihnen Wohnungen zu vermitteln. Die drei Mieter erklären, sofort zu ziehen, wenn Wohnungen da sind. Eine dieser drei Mieter ist ein Arbeiter, der auch die Wohnung am 1. Juli geräumt, um Spang einzulassen, obwohl er es nicht nötig hatte, weil ihr Mann im Felde ist. Dem anderen Mieter glückt es schließlich, für den 1. August Wohnung zu erhalten, und sie erlauben Spang, sich bis dahin mit einem anderen Mieter über die Miete zu verständigen. Dieser aber lehnt ab, und am 13. Juli erlischt der neue Vermieter mit Schriftbefehl und drei Mann und beginnt die Zwang-

auszudrücken. Alle Möbel werden auf die Straße gesetzt, was zerbroch, das zerbroch. Rücksicht wurde nicht genommen. In Miethaus und Mieter lagen die beiden Familien draußen, und es hat vieler Kirchen bedurft, daß die Frau des Spang vier Kindern — es war inzwischen 10 Uhr abends geworden — einer Vermieterin, deren Mann gleichfalls im Felde steht, nach über Nacht Unterschlupf gewährte. Das jüngste Kind ist 18 Monate alt. Mitleidvolle Menschen brachten nachträglich die hinausgeworfenen unter, eine davon, eine achtköpfige Familie, kam in einem Keller (Kreiselager) unter. Daß über eine solche Behandlung von Mietern eine große Erregung in der Einwohnerschaft herrscht, ist klar, und es war gewiß, lag die Wohnung von anderen Häusern nicht so abgelegen, die Familie Spang hätte schon erfahren, daß man so doch nicht mit Mietern umspringen darf. Der Fall ist den Behörden mitgeteilt worden. Wenn so mit Mietern, die Kriegserfahren sind, umgesprungen werden kann, mit armen Menschen, die mit Mühe und Not ihre Miete rechtlich bezahlt haben, dann würdet man sich gewiß über den geringen Schutz gegen solche Infamien. Auch die fiskalische Bergverwaltungen sollte in einer solchen Zeit des Wohnungsmangels bestreben, daß Mieterkündigungen in ihren Häusern auch möglichst unterbleiben. Wie oft werden Witwen ihrer Werkswohnungen gekündigt, auch wenn Söhne nach dem Tode des Vaters weiter auf den Gruben beschäftigt sind. Ist das richtig und menschenfreundlich?

„Was geht eigentlich vor?“

fragen sich die Saarbrücker, als sie in der „Saarbrücker Zeitung“ (Nr. 199) einen merkwürdig scharfen Artikel gegen die — Schwerindustrie zu lesen bekommen. Ist doch dieses Blatt allgemein als Industriezentrum im saarbrückischen Sinne bekannt. Und nun legt dies Blatt wie folgt los:

„Alle Anstrengungen der Kulturen, die alte Zeit zu konservieren, führen zu keinem Resultat. Die goldenen Gewerkschaften sind und bleiben doch nur ein künstliches Gebilde, das die Massen der Arbeiter ablehnen. Entsprängen die Bestrebungen der Massen dem Herzen der Arbeiter, so müßten sie doch in Saarbrücken auch in anderen Betrieben zu finden sein.“

Das sogenannte patriarchalische System aber, das einst gewöhnlich seine Verdienste hatte, hat heute auch in seinen Ausprägungen keinen Platz mehr in dem Rahmen der modernen Arbeiterorganisationen, deren Ziele viel weiter gesteckt sind und in allen liberalen Kreisen Förderung erfahren.“

Das ist ja alles „wahr“ und richtig, aber wie kommt die „Saarbrücker Zeitung“ zu dieser physischen Erleuchtung? Rentiert sich die „Wirtschaftskrisenbewegung“ trotz der schönen Mähen und der Wohlwollen der Arbeiterorganisationen? Es ist ja richtig, die modernen Arbeiterorganisationen haben sich in Saarbrücken im letzten Jahre stark entwickelt, aber diese physische Schwöchung der „Saarbrücker Zeitung“ ist doch zu — physisch, als daß wir sie auf eine ehrliche Anerkennung der modernen Arbeiterorganisation zurückführen dürften. Also was geht vor?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 28. Juli bis 3. August) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Verbandsmitglieder! Werbt stets neue Mitglieder! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserem Verbands zu!

Wir machen darauf aufmerksam, daß jede ausbezahlte Unterstützung sofort in das Mitgliedsbuch eingetragen werden muß. Es ist durch Bücherkontrolle wiederholt festgestellt, daß die Eintragung nicht immer erfolgt. Deshalb bitten wir alle Vertrauensleute und Kassierer, die Unterstützungen erst dann auszusprechen, wenn die Eintragung erfolgt ist. Wenn infolge Nicht-eintragung der Unterstützung in das Mitgliedsbuch die Unterstützung doppelt erhoben wird, dann ist der schuldicke Vertrauensmann oder Kassierer ersatzpflichtig.

Rechtschutz.

Kätzung! Bezirk Senftenberg! Kätzung!
Die Mitglieder werden dringend ersucht, folgendes zu beachten: Rechtsauskunftserteilung findet nur am Mittwoch und Donnerstag jeder Woche, von vormittags 9 bis 12 Uhr und nachmittags 4 bis 7 Uhr statt. An anderen Tagen wird Auskunft nicht erteilt. Die Vertrauensleute in den Bahnhöfen werden dringend gebeten, in den Mitteilungsblättern die Eintragung der Rechtschutzstunden hinzuwirken, da es für die Mitglieder zwecklos ist, an anderen Tagen das Bezirksbureau aufzusuchen, da Abweisung erfolgen muß.

Bibliotheken.

Erste I. Bibliothekar ist der Kamerad Lurowski, Quer-Erde, Teutstraße 10. Die Bücher werden jeden Sonntag, von 12 bis 3 Uhr, ausgegeben, und wird um rege Beteiligung gebeten.

Krankentüchtigungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Bahnhöfen das Krankengeld erhoben werden: Niederrhein, Krankengeld wird jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Restaurant Schindler ausgezahlt. Schwintenschloß. Die Auszahlung der Krankentüchtigung erfolgt an jedem ersten Sonntag im Monat, von mittags 12 bis 2 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmannes, des Kameraden Golla, Langestraße 55.

Abrechenveränderungen.

Butendorf. Als Kassierer fungiert jetzt der Kamerad Hermann Hoffmann, Butendorf, Annastraße 12. Dortselbst erfolgt auch jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags von 2—4 Uhr, die Auszahlung der Krankentüchtigung.
Werne a. L. Das Amt des Kassierers verleiht jetzt der Kamerad Johann Holtgreve, Werne a. L. (Palone), Bahnhofstraße 112. Dortselbst wird auch die Krankentüchtigung ausgezahlt.

Wir empfehlen:

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neue Zeit

Von Otto Suer.

Erster Band 456 Seiten : : : : Zweiter Band 760 Seiten
Vorzugspreis f. d. Mitglieder d. Verb. d. Bergarb. Deutschlands:
Beide Bände in schönem Leinwandband auf 8 Mark

H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelsh. Straße 42

Enthebung und Entwicklung des Saarbrücker Knappschaftsvereins

Verlag: G. Wilmann 40 Pf. Herausgeber: Verband

In Bezugs von H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelsh. Straße 42